

Sozialismus in unserer Zeit

Auf einer Pressekonferenz Ende Februar in London sprach Bundeswirtschaftsminister *Erhard* von den Bedenken des englischen Schatzamtes gegenüber der freien Konvertierbarkeit der Währungen. Nebenbei sagte er dort: „Bei uns ist ja jetzt auch die Opposition Anhängerin des Wirtschaftsliberalismus!“ Die angebliche Bekehrung der Sozialdemokraten zur Erhardschen Wirtschaftsphilosophie amüsierte ihn sichtlich; seine Zuhörer auch.

Deutschland hat in dieser Nachkriegszeit einen schnellen Aufstieg erlebt, aus welchen Gründen, mit welchen äußeren Hilfen auch immer, jedenfalls nicht gesteuert mit den Hebeln einer sozialistischen Wirtschaftsführung. England ist seit 15 Jahren vollbeschäftigt. Dies ist in hohem Maße planwirtschaftlichen Einrichtungen und Lenkungen zu verdanken. Die konservative Regierung konnte trotz des von ihr bewirkten teilweisen Abbaus der direkten Kontrollen und Kontingentierungen *bisher* die Vollbeschäftigung halten, *allerdings bei Senkung des sozialen Niveaus*.

In beiden Ländern wird heute auch in Kreisen der Arbeiterorganisationen die Frage diskutiert, wieweit die sozialistische Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch Geltung hat. Die Gespräche leiden unter der Diskreditierung der sozialisierten Wirtschaft durch ihre staatskommunistische Erscheinungsform mit den gesellschaftlichen Folgen, die heute sogar von ihren Schöpfern in Moskau an den Pranger gestellt werden. Die Vorstellung von der Identität von Sozialismus und totalitärem Herrschaftssystem ist weit verbreitet. So mußte geradezu zwangsläufig der Wunsch entstehen, es doch mit den Spielregeln des Wirtschaftsliberalismus zu versuchen. Der Tübinger Ökonom Prof. *Peter* erklärte einmal (in einem Rundfunkvortrag) ganz in diesem Sinne: „Die freie Wirtschaft erhofft von dem Spiel des Angebotes und der Nachfrage eine Selbststeuerung der Wirtschaft; und man dürfte gut tun, ihr weitgehend ihren Lauf zu lassen.“

Diesen Optimismus über die Erfolge einer sich selbst steuernden Wirtschaft würde nicht einmal ein konservativer englischer Schatzkanzler teilen. Daß die Wirtschaft entscheidend von zentraler Regierungsstelle aus gelenkt werden muß, ist in England seit *Keynes* begriffen worden. Bisher hat sich jeder Schatzkanzler danach gerichtet.

Die *Konservativen* bekennen sich ausdrücklich zum Wohlfahrtsstaat und zu einer finanzpolitischen Lenkung der gesamten Wirtschaft durch direkte oder indirekte Steuern, die nicht nur die Staatskasse füllen, sondern ganz bestimmte Relationen zwischen Konsum, Investitionen und Außenhandel herbeiführen sollen. Sie proklamieren eine Art „gemischter“ Wirtschaft. Die Kohlensozialisierung wurde von ihnen nicht angetastet, sondern auf Grund der durch sie ermöglichten Preispolitik zu einem wichtigen Mittel staatlicher Investitionspolitik gemacht. Selbstverständlich sehen sie darin, wie in jeder Planung, bestenfalls ein notwendiges Übel.

In der *Labour Party* und den *Gewerkschaften* ist viel von der Notwendigkeit einer Überprüfung der alten Forderungen, von neuem Durchdenken der sozialistischen Ideen die Rede. Da es zweifellos gesund ist, überlieferte Grundsätze an neuen Tatbeständen zu messen, soll hier die Frage untersucht werden, ob Sozialismus heute überhaupt noch nötig ist.

Man darf es sich dabei nicht zu leicht machen und etwa die bisherige Terminologie aufrechterhalten, ihren Inhalt aber ändern. Das geschieht manchmal in den „*brain trusts*“ der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbewegung, in der „*Fabian Society*“ wie in der „*Socialist Union*“. Da wird von diesem und jenem gesagt, die sozialistische Gesellschaft sei ein Ziel: *die sozial gerechte Gesellschaft, die allen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten bietet und eine menschenwürdige Lebenshaltung sichert*. Die Sozialisierung der Produktionsmittel sei nur ein evtl. doch entbehrliches Mittel dazu. Vielleicht meint es auch Prof. *Peter* so, um den Begriff Sozialismus halten und doch die Sozialisierung aufgeben zu können.

Diese Methode führt zur Verwirrung der Begriffe. Sozialismus bedeutet seit über 100 Jahren eben Sozialisierung, die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Wenn diese Forderung aufgegeben wird, kann man auch das Ziel nicht mehr als Sozialismus bezeichnen. Gerade in unserer Zeit, in der manche alte Idee „ins Schwimmen“ gerät, ist es nötig, präzise zu formulieren und Doppeldeutigkeiten von Begriffen zu vermeiden. In diesem Sinne sollen auch die folgenden Ausführungen gemacht werden, die *Planwirtschaft und Sozialismus in ihrem Zusammenhang betrachten*. Heute wird im wesentlichen privatwirtschaftlich geplant, der Gedanke einer Planwirtschaft *ohne* Sozialisierung gewinnt zusehends an Raum.

Es ist gut, sich bei einer solchen Untersuchung im Licht der neuesten Erfahrungen zweier Tatsachen zu erinnern, die an der Wurzel des Problems liegen. Denn aus ihnen lassen sich sowohl die gesellschaftstechnische Überlegenheit der sozialisierten Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft ableiten, als auch die sich dabei ergebenden sozialen und gesellschaftsmoralischen Konsequenzen. Diese beiden Fakten sind:

1. Die Menschen können sich als Individuen wie in ihrer Gesamtheit nur in einem Prozeß erhalten, durch den die Gaben der Natur in Nahrungsmittel, Bekleidung, Brennstoffe, Verkehrsmittel usw. verwandelt werden.

2. Dieser Prozeß ist ein gesellschaftlicher Vorgang; d. h. er kann nur durch gesellschaftliche Arbeitsteilung bewältigt werden. Je mehr die Menschheit zunimmt, je mehr der technische, organisatorische und hygienische Fortschritt und ein höherer Lebensstandard die Lebensdauer verlängern, je höher die Ansprüche auf das wachsen, was ausreichende und gesicherte Existenz genannt wird, desto komplizierter werden die wirtschaftlichen Aufgaben, desto weniger dürfen sie dem Zufall, dem Spiel „freier Kräfte“ überlassen werden.

Die Konsequenzen aber sind: a) Um angesichts der wachsenden Zahl der Menschen und ihrer Ansprüche einen maximalen Effekt zu erzielen, ist es nötig, die Gewinnung der Rohstoffe, die Erzeugung und Verteilung der Güter planmäßig zu organisieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die in den nationalen Voranschlägen erwartete Zunahme des Sozialprodukts überall in der Welt würde schon in 20 Jahren einen Aufwand an Rohstoffen und vor allem an Brennstoff-Energien erfordern, der nur bei äußerst rationeller Bewirtschaftung erreicht werden könnte, b) Die Tatsache, daß der Prozeß der Existenz-erhaltung ein gesellschaftlicher, ein kollektiver Vorgang ist, führt zu dem moralischen Anspruch, daß er nicht zum Gegenstand privater Profitinteressen werden darf, ganz abgesehen davon, daß individuelle Profitinteressen keineswegs mit dem Gesellschaftsinteresse identisch sind.

Hinzu kommt, daß die Geldwirtschaft national und international äußerst kompliziert geworden ist und sich — obwohl sie nur ein Mittel sein sollte — verselbständigt und die kollektiv produzierende menschliche Gesellschaft in individuelle Besitzer von in Geldwerten ausgedrückten Produktionsmitteln aufgelöst hat.

Das Fiasko der „Laissez faire“-Ideologie, wonach für die Gesamtheit alles am besten steht, wenn nur der einzelne in der Lage ist, für sein eigenes Interesse „frei“ zu sorgen, ist in den 200 Jahren seit *Quesney* und den Physiokraten mit katastrophalen Folgen für die arbeitenden Klassen so evident geworden, daß auch Nicht-Sozialisten mehr und mehr die Bedeutung der Planung einsehen. Besonders die Warnungen der Neu-Malthusianer haben den modernen Gesellschaftswissenschaftlern die Notwendigkeit der sparsamen und möglichst rationellen Verwendung der Rohstoffe und Lebensmittel eindringlich vor Augen geführt.

Damit schon werden die Vorteile der sozialistischen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft deutlich: Privateigentum schließt Verfügungsrecht in sich. Es kann delegiert werden. Der Besitzer hat aber das Recht, die Delegation zurückzunehmen oder anderen zu übertragen. Daher hängt auch der Leiter einer Aktiengesellschaft von der Zustimmung der Aktionäre zu seiner Geschäftsführung ab und muß vor allem die Gewinninteressen

der Aktionäre berücksichtigen. Nicht zuletzt auch, weil die geschäftliche Bewertung eines Unternehmens, seine Kreditwürdigkeit, die Möglichkeit, Kapital aufzunehmen, von seinen finanziellen Erfolgen abhängt.

Schon diese elementare Tatsache erschwert die Planwirtschaft. Der Staat oder andere Organe der Gesellschaft können dem Besitzer nicht befehlen, wo er sein Geld anzulegen hat; sie können bestenfalls Investitionen erschweren. Wenn diese Erschwerung auf der einen Seite auch zu einer Begünstigung der Anlage in Produktionsbereichen führt, die für die Wirtschaftsplanung wichtig sind, so ist das doch ein Umweg, der mit großen Zeit- und Substanzverlusten, Konkursen und Arbeitslosigkeit verbunden sein kann. Wenn man die Überkapazität in *einem* Wirtschaftszweig auf diese Weise abbaut, so wird die Existenz bestimmter Unternehmen und der mit ihnen verbundenen Menschen gefährdet. In einer sozialistischen Wirtschaft werden Verluste, die sich aus dem Strukturwandel ergeben, durch die Vorteile mehr als ausgeglichen, die die nunmehr begünstigten Wirtschaftszweige für die Gesamtwirtschaft gewinnen, ohne menschliche Katastrophen herbeizuführen.

Hier zeigt sich gerade die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft bei der Lösung der Aufgaben, die mit größeren Risiken verbunden sind. Eine sozialistische Volkswirtschaft kann Verluste, die sich auf *einem* Sektor ergeben, durch Erfolge in einem anderen ausgleichen. Es können sogar sehr bewußt Verluste verursacht werden, wenn das im allgemeinen Interesse liegt. Dafür bietet die englische Erfahrung ein gutes Beispiel: Die sozialisierte *Kohlenwirtschaft* hätte nie Verlustbilanzen aufzuweisen gehabt, wenn nicht das Brennstoffministerium im Interesse aller Verbraucher die Kohlenpreise so niedrig gehalten hätte, daß sie trotz höherer Löhne die niedrigsten in Europa sind.

Auch das Wagnis neuer Produktionsmethoden und Experimente, die sehr hohe Investitionen erfordern, läßt sich in einer sozialistischen Wirtschaft ruhiger übernehmen. Das beweist die Entwicklung der *Atomenergie*.

Die Erfahrungen widerlegen auch das Märchen, in einer sozialistischen Volkswirtschaft fehle der Antrieb zu persönlicher Leistung. Der Erfolg der englischen — sozialisierten — Flugverkehrsgesellschaften ist das Werk einer Reihe begabter Persönlichkeiten; ebenso die technisch hohe Leistung der Kohlenindustrie, die die höchste Stufe der Produktivität — je Mann und Schicht — in Europa erreicht hat.

Gerade eine umfassende sozialisierte Industrie bietet der persönlichen Leistung die größten Entfaltungsmöglichkeiten, stellt ihr die schönsten Aufgaben. So groß war der Erfolg, daß die Privatwirtschaft, die viel höhere Gehälter zahlt, sich bemüht, die Leiter der nationalisierten Wirtschaftszweige für sich zu gewinnen; das ist ihnen bisher mit den Leitern der englischen Flugverkehrsgesellschaften auch gelungen.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die ersten Formen, in denen die Labour-Regierung die nationalisierten Wirtschaftszweige aufgebaut hat, fehlerlose Organisationen waren. Diese „Korporationen“ waren Experimente auf unbekanntem Gelände. Die Kritik an ihnen darf aber nicht zu einer Identifizierung dieser Korporationen mit der sozialistischen Wirtschaft an sich führen. Aus dem Bedürfnis, auf keinen Fall eine zentrale Regierungsstelle an die Spitze zu setzen, hat man sich bemüht, die Korporationen den großen Privatkonzernen ähnlich zu organisieren. Diese vor allem von *Herbert Morrison* inspirierten Überlegungen haben, in dem Bestreben, die kommunistische Struktur zu vermeiden, das Pendel allzusehr nach der anderen Seite ausschlagen lassen. Was heute gesucht werden muß, ist ein mittlerer Weg zwischen Zentralverwaltung und Dezentralisation.

Für die dem Sozialismus zugrunde liegende Gesellschaftsauffassung ist die Sozialisierung nicht nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Der Kampf der Arbeiter gegen die technische Rationalisierung, die Arbeiter „freisetzt“, wird um so eher gegenstandslos, je mehr die moderne Entwicklung — Automatisierung! — sich in gemeinwirtschaftlichen Formen vollzieht. Arbeitslosigkeit wird heraufbeschworen, wenn die Steigerung der Konsumfähigkeit nicht Schritt hält mit der Steigerung der Produktivität. Der Motor, der dafür zu sorgen

hat, ist die Geldpolitik — die Anpassung der Kaufkraft an eine ständig sich ausdehnende Gütermenge. Damit wird das Problem des Verhältnisses zwischen Investitionsvolumen und Konsumvolumen, kompliziert noch durch die Sorge um steigenden Export, akut. Zum geldwirtschaftlichen kommt das *volkswirtschaftliche Gesamtbudget*.

Mit Recht weisen heute — in England wie in Deutschland — auch sozialistische Theoretiker darauf hin, daß ein privatwirtschaftliches Unternehmen Gewinne machen muß, um Mittel für Investitionen ansammeln zu können. Dadurch wird denn auch oft genug die Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern in jene Grenzen verwiesen, die derartige Rücklagen möglich machen. *Höhere Gewinne werden also auf Kosten des Arbeitseinkommens erzielt*. Das ist in einem sozialisierten Betrieb genauso. Aber in der Privatwirtschaft dient auch der nicht verteilte Gewinn der Bereicherung der Besitzer! Das Unternehmen wird wertvoller — die Kurse der Aktien steigen. In der sozialistischen Wirtschaft ist der Nutznießer die Gesellschaft als Ganzes. Einer ihrer sozial und moralisch bedeutsamsten Ansprüche ist eben der Protest gegen private Besitzanreicherung auf Kosten der Belegschaften.

In großer Gedankenlosigkeit wird immer wieder behauptet, die sozialistische Wirtschaft erfordere ein immenses Heer von Beamten und schaffe damit eine gewaltige unproduktive Bürokratie. Die bisherigen Erfahrungen in England haben gezeigt, daß die nationalisierten Wirtschaftszweige weniger Büropersonal brauchen als die ehemaligen Privatunternehmen, aus denen sie zusammengesetzt sind. In *einer* Beziehung wird eine Bürokratie in den Ämtern freilich notwendig: wenn kapitalistisch geplant werden soll. Dann muß die Planung — deren Notwendigkeit auch von Anhängern des privaten Eigentums nicht geleugnet wird — von unzähligen Produktions- und Verteilungseinheiten verwirklicht werden, die alle ihre besonderen Interessen haben. Unvermeidlich werden dabei viele Einzelunternehmen benachteiligt, andere bevorzugt. Das führt zu ständigen Interessenkonflikten, die die Durchführung der mit der Kontrolle zusammenhängenden Vorschriften von einem Heer von Kontrolleuren abhängig machen, das die Bürokratie in den Ämtern anschwellen läßt. In der sozialistischen Wirtschaft geht die Realisierung des Planes ohne diese Interessenkonflikte zwischen gesellschaftlichen Gesamt- und kapitalistischen Privatinteressen vor sich.

In einer Wirtschaft, die privatwirtschaftlich aufgebaut ist, führt die Planung zu einer Gesetzgebung, die weniger positiv als negativ argumentiert — es muß fortgesetzt etwas *verboten* werden, Übertreter dieser Gesetze müssen *bestraft* werden. *Die psychologische Auswirkung solcher negativen Dynamik kann — weil eminent politisch — gar nicht wichtig genug genommen werden*. Daher kommt es ja, daß so bereitwillig das Schlagwort akzeptiert wird, Planung sei das Gegenteil von Freiheit (während die richtige Gegenüberstellung natürlich Planung und Anarchie ist), und Sozialismus sei eine Anhäufung von Verboten und polizeilichen Vorschriften!

Die Entscheidung darüber, ob man nun die völlige Sozialisierung fordern oder ob man einen privatwirtschaftlichen Sektor beibehalten sollte, kann man ruhig der Zukunft überlassen; schon aus dem einfachen Grunde, weil die Entwicklung auf alle Fälle *evolutionär* erfolgen muß. Wenn man das Haus umbauen will, solange man darin wohnt, dann kann man nur allmählich vorgehen. Die Notwendigkeit eines *dominierenden* sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft ist aber heute schon gegeben. Denn:

1. Ohne Planung sind die wirtschaftlichen Aufgaben unserer Epoche nicht zu lösen.
2. Ohne eine breite gemeinwirtschaftliche Basis kann nur unzureichend geplant werden, ist die Planung immer wieder Rückschlägen und schweren innerpolitischen Konflikten ausgesetzt.
3. Die Lösung der Aufgaben unserer Zeit erfordert nicht nur nationale, sondern auch internationale Planung. Wenn diese aber zurückbleibt, wird die nationale Planung nicht weniger nötig, weil die sich dabei ergebenden sozialen Probleme, sollen sie im Sinne sozialer Gerechtigkeit gelöst werden, nur planwirtschaftlich zu bewältigen sind.